

Offener Brief an die Mitglieder der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder

Die Vorsitzenden der Hochschulräte

Sehr geehrte Frau Senatorin Quante-Brandt, sehr geehrte Frau Bundesministerin Karliczek, sehr geehrte Ministerinnen und Minister, Senatoren und Senatorinnen,

als Vorsitzende der Hochschulräte der Universitäten und Fachhochschulen wenden wir uns heute in Sorge um die Zukunft unserer Hochschulen an Sie. Mit diesem ungewöhnlichen Schritt wollen wir die Bedeutung des Hochschulpaktes für die Finanzierung unserer Hochschulen und ihrer Bildungsaufgabe nachdrücklich unterstreichen.

Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren Mittel in Milliardenhöhe bereitgestellt, damit die Hochschulen die steigende Zahl der Studierwilligen aufnehmen konnten. Mit dieser Unterstützung ist es ihnen gelungen, der nachwachsenden Generation Bildungschancen offen zu halten und damit auch auf den wachsenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften zu antworten. Allerdings konnten viele Lehrkräfte nur befristet eingestellt werden und trotz aller finanziellen Anstrengungen hat die hohe Studiennachfrage dazu geführt, dass die Betreuungsrelationen sich weiter verschlechtert haben. Das beeinträchtigt die Qualität von Studium und Lehre.

Jetzt brauchen die Hochschulen zum einen Planungssicherheit, damit das Erreichte ohne Brüche aufrechterhalten werden kann. Wenn es nicht gelänge, den Hochschulpakt rechtzeitig zu verlängern, müssten demnächst befristete Verträge in erheblicher Zahl gekündigt werden. Die Folge wäre, dass bereits zum WS 2019/2020 viele Zulassungsbeschränkungen notwendig würden. Die großen Anstrengungen der letzten Jahre zum Ausbau der Hochschulen würden damit teilweise zunichte gemacht, die Wirkungen der eingesetzten Steuermittel deutlich geschmälert. Zum anderen brauchen die Hochschulen künftig Aufwüchse bei den Grundmitteln und den Hochschulpakt-Zuwendungen, um die Qualität in Studium und Lehre zu verbessern.

Wir appellieren in unserer Verantwortung als Hochschulratsvorsitzende aus der Mitte der Gesellschaft an Sie, sich jetzt auf ein bedarfsgerechtes Verteilungsmodell zu verständigen und die Hochschulpaktmittel künftig zu dynamisieren, damit die Hochschulen die berechtigten Qualitätsansprüche in Studium und Lehre erfüllen können. Sie haben in der GWK einen Zeitplan verabschiedet, der eine Beschlussfassung in der GWK am 3. Mai und eine Befassung in der gemeinsamen Sitzung der Regierungschefinnen und Regierungschefs des Bundes und der Länder in deren Juni-Sitzung vorsieht. Es wäre sehr wichtig, dass dieser Zeitplan eingehalten wird und die Hochschulen und Studierenden eine verlässliche Perspektive für die Zukunft haben.

Mit freundlichen Grüßen